

BBC untersucht Verbreitung von Fake News

Die BBC hat in Indien, Kenia und Nigeria analysiert, wie Fake News über WhatsApp und Facebook weitergegeben werden. Vor allem Gruppierungen am politisch rechten Rand nutzen die bestehenden Möglichkeiten demnach systematisch aus.

Für die Studie „Beyond Fake News“ durften Mitarbeiter der BBC eine Woche lang die privaten Facebook- und WhatsApp-Accounts von 80 Personen in den drei Ländern beobachten. Außerdem führten sie intensive Befragungen durch. Ergebnis: Obwohl sich die Probanden sicher waren, fingierte Meldungen im alltäglichen Nachrichtenfluss als solche identifizieren zu können, verbreiteten sie genau diese meist ungeprüft weiter. Zugleich gaben sie an, etablierten Medien nicht zu vertrauen und lieber „alternative“ Quellen zur Information zu nutzen.

Der Fokus der Studie lag auf Nachrichten, die Menschen gezielt verunsichern oder misstrauisch machen und Unruhe stiften sollen. Das BBC-Team fand heraus, dass die Leser die Glaubwürdigkeit vor allem anhand emotionaler Kriterien einstufen: Kamen die Meldungen

von Familienmitgliedern und Freunden, hielten sie die Inhalte in aller Regel für wahr. Eine höhere Anzahl an Kommentaren und geschickt gewählte Bilder hatten einen ähnlichen Effekt. Eine Überprüfung des Wahrheitsgehaltes anhand unabhängiger Quellen unternahmen die Probanden hingegen so gut wie nie.

Den BBC-Mitarbeitern fiel auf, dass vor allem in Indien politisch rechte Grup-

pierungen systematisch solche Fake News verbreiteten. Viele Postings seien nationalistisch motiviert und ihre Herkunft teilweise dem Umfeld von Premierminister Narendra Modi zuzurechnen gewesen. In Afrika sei allgemeine Panikmache das größere Problem: In Nigeria waren in diesem Zusammenhang Terrorismus und die Armee häufiges Thema, in Kenia Finanzen und Technologie. (mon@ct.de)



Bild: Nick Kasse/dpa

Politische Interessengruppen missbrauchen WhatsApp als Waffe und können sich dabei auf sorglose Weitergabe verlassen, stellt eine BBC-Studie fest.

Ein New Deal für das Internet?

Tim Berners-Lee hat auf dem Web Summit in Lissabon die **Bedrohung des freien Netzes** durch Missbrauch, Desinformation und Kontrollverlust kritisiert. „Wir brauchen einen neuen Vertrag für das Web“, forderte der Erfinder des WWW. Darin sollten für alle beteiligten Unternehmen und Regierungen „klar formulierte Pflichten“ festgelegt werden.

Die Regierungen der Welt forderte Berners-Lee auf, sicherzustellen, dass sich jeder Mensch mit einem ungefilterten Internet verbinden kann. Die Netzwirtschaft solle die Privatsphäre ihrer Kunden respektieren und dafür sorgen, das Web bezahlbar, zugänglich und sicher zu halten.

Der Entwurf des Vertragstextes ist unter fortheweb.webfoundation.org einsehbar. Einige Staaten, Organisationen und Unternehmen haben bereits Bereitschaft signalisiert, sich der Initiative Ber-

ners-Lees anzuschließen. Google will sein Projekt ebenso unterstützen wie die französische Regierung. Auch die Bundesregierung zeigt sich dem Vernehmen nach aufgeschlossen. (vbr@ct.de)



WWW-Erfinder Tim Berners-Lee forderte auf dem Web Summit neue Regeln für das Web.

Google gegen Online-Piraterie

Googles **Maßnahmen gegen Urheberrechtsverletzungen** zeigen offenbar Wirkung. Das Unternehmen ließ verlauten, es habe allein 2017 aufgrund von Hinweisen durch Rechteinhaber 882 Millionen URLs aus 586.000 Domains in der Suche entfernt. Gleichzeitig habe man mehr für legale Inhalte ausgegeben: So seien drei Milliarden US-Dollar an Rechteinhaber gegangen, die ihre YouTube-Videos mit Content ID abrechnen, und über 1,8 Milliarden Dollar Werbeeinnahmen zwischen Oktober 2017 und September 2018 an die Musikindustrie geflossen. Die Strategie, Nutzern komfortable und legale Alternativen bereitzustellen und parallel Rechtsverletzer von ihren Geldquellen abzuschneiden, wolle Google weiter verfolgen. (mon@ct.de)